

„Behinderte in Schulen integrieren“

Forderung: Gemeinsamer Unterricht / Verbände und Gewerkschaften drohen mit Klage

DÜSSELDORF. (goe) Das Bündnis „Schule für alle“ fordert die Aufnahme der behinderten Schüler bis Klasse 10 in einer gemeinsamen Schule. Das Bündnis wird von Gewerkschaften, Kinderschutzbund und Sozialverband getragen.

Die Verbände drohen notfalls mit einer Klage bis zum Europäischen Gerichtshof, falls NRW den in der UN-Konvention vereinbarten Anspruch behinderter Menschen

auf Integration in die allgemeinen Schulen nicht erfülle. Der Vorsitzende des Kinderschutzbundes NRW, Dieter Greese, betonte, alle Kinder gehörten in eine Schulform und sollten nicht getrennt werden. Kinder lernten nicht nur von Lehrern, sondern auch von Kindern.

NRW-Schulministerin Barbara Sommer (CDU) lehnte eine Auflösung der Förderschulen für Kinder mit Behinderungen ab. Zwar sei auch in

allgemeinen Schulen Integration möglich. An Förderschulen werde behinderten Schülern aber durch personalintensive Förderung der Zugang zur Bildung erleichtert.

Die Sprecherin des Bündnisses, Uta Kumar, bezeichnete das „Ein-Lehrer-System“ in Klassen als überholt. „Der Klassenverband kann nicht mehr funktionieren.“ Sinnvoller sei eine individuelle Förderung in Lerngruppen. Der Chef der Lehrgewerk-

schaft VBE, Udo Beckmann, unterstützte Forderungen nach integrativen Schulsystemen. „Das gemeinsame Lernen muss in jeder Hinsicht die Grundlage für das Schulsystem der Zukunft sein“, sagte Beckmann. Nach Angaben von Kinderschutz-Chef Greese kümmern sich Lehrer an Hauptschulen am intensivsten um ihre Schüler. An Gymnasien gehe es vielen Lehrern hingegen oft nur um Wissensvermittlung.